

Wahlprüfstein „Deutsche Kinderhilfe“

Beantwortet durch Volker Richter

1. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie schnell die Kinderrechte aus dem Blick geraten und Kinder gegenüber den Interessen Erwachsener zurückstecken müssen. Wie wollen Sie zukünftig sicherstellen, dass die Rechte und Interessen von Kindern und Jugendlichen geschützt und umgesetzt werden?

Die im Zuge der Corona-Pandemie ergriffenen Maßnahmen haben zu den massivsten Beeinträchtigungen im Wohlergehen und den Interessen von Kindern geführt, die es in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik gegeben hat. Zu nennen sind an dieser Stelle insbesondere die Vereinsamung während der Lockdown-Phasen in häuslicher Isolation, das Nicht-Erreichen von Klassenzielen und Schulabschlüssen infolge der Aussetzung des regelmäßigen Schulbetriebes, die Pflicht zum dauerhaften und somit körperlich belastenden Tragen einer Schutzmaske im – so er denn stattfand - Schulunterricht, oder die bisweilen aktiv und gezielt aufseiten der betroffenen Kinder geschürten Ängste vor einer Virusübertragung auf andere Personen, v.a. ältere Familienmitglieder.

Die AfD wird sich auf Landes- und Bundesebene, wie im Verlauf der Corona-Pandemie auch schon, sowohl parlamentarisch wie auch auf dem Rechtsweg dafür einsetzen, dass die im Zuge der Corona-Pandemie ergriffenen Maßnahmen, welche im Besonderen den Lebensbereich und die Rechte von Kindern berührt haben, auf ihre Vertretbarkeit unter Berücksichtigung ihrer Effektivität einerseits und ihrer Abträglichkeit andererseits überprüft werden. Im Wege dessen werden die Verbote jener Maßnahmen hinsichtlich künftiger, mit der Corona-Pandemie vergleichbarer Krisenlagen erwirkt, die sich nicht zielführend ausgewirkt haben und aufseiten von Kindern zu unververtretbaren Beeinträchtigungen geführt haben. Zudem wird im Wege dieses Vorgehens ggf. ein zumindest teilweiser Ausgleich jener unververtretbaren Schäden erreicht, welche durch verfehlte Corona-Schutzmaßnahmen aufseiten von Kindern eingetreten sind.

Weiterhin bleibt folgender Aspekt zu beachten: Die massiven Belastungen, denen Kinder infolge der Corona-Maßnahmen ausgesetzt waren, haben glücklicherweise zu einer entsprechenden Sensibilisierung in der öffentlichen Wahrnehmung geführt – mit der Folge, dass in einer künftigen, mit der Corona-Pandemie vergleichbaren Krisenlage Maßnahmen, die erneut zu einer massiven Beeinträchtigung des Wohlergehens und der Interessen von Kindern führen, wohl nicht mehr einfach so ergriffen werden können und unwidersprochen blieben. Wo Initiativen zur Verhinderung bzw. Abhilfe derartiger Belastungen bereits bestehen oder aufträten, seien sie offizieller oder inoffizieller Natur, so genießen diese Initiativen die grundsätzliche Unterstützung der AfD.

2. Durch die Istanbul-Konvention wurde die Abwehr von Gefahren für Frauen und Kinder und ihre Prävention staatliche Pflichtaufgabe. Welche konkreten Umsetzungsmaßnahmen planen Sie?

Die AfD hat in der aktuellen Legislaturperiode zahlreiche themenbezogene parlamentarische Initiativen in den hessischen Landtag eingebracht, um auf eine praktische Umsetzung des in der „Istanbul-Konvention“ verfassten Schutzauftrages und eine Sensibilisierung hinsichtlich der Problematik der Gewalt gegen Frauen und Kinder hinzuwirken. Das Hauptaugenmerk lag hierbei auf dem geforderten Ausbau der für den Schutz von Gewalt betroffenen Frauen erforderlichen Unterbringungs- und Betreuungskapazitäten und der Bereitstellung der hierzu erforderlichen Gelder. An dieser Stelle sei hervorgehoben, dass die entsprechenden Anträge vonseiten aller übrigen im Landtag vertretenen Parteien –

trotz der ihrerseits doch stets so hochbetonten Wichtigkeit des resoluten Eintretens gegen Gewalt an Frauen und Kindern - durchweg abgelehnt worden sind!

Die betreffenden parlamentarischen Initiativen waren u.a. die Folgenden (zu Ihrer Information)

- „Effektive Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund und ausländischer Staatsangehörigkeit“, Drs. 20/3678 (<https://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/8/03678.pdf>),
- Antrag „Fraktion der AfD zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 (Haushaltsgesetz 2023/2024) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses – Drs. 20/9640 zu Drs. 20/9251; Inhalt des Antrags: Aufstockungen der Leistungen zum Schutz von Frauen vor Gewalt; Einzelplan 08 Hessisches Ministerium für Soziales und Integration“ - Drs. 20/10151 (<https://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/1/10151.pdf>),
- Antrag „Fraktion der AfD zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 (Haushaltsgesetz 2023/2024) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses Drucksache 20/9640 zu Drucksache 20/9251, Inhalt des Antrags: Aufbau von Schutzeinrichtungen für von Gewalt betroffene Frauen in den Kommunen, Einzelplan 08 Hessisches Ministerium für Soziales und Integration“ – Drs. 20/10154 (<https://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/4/10154.pdf>),
- „Häusliche Gewalt und Partnerschaftsgewalt sowie Situation von Frauenhäusern in Hessen“, Drs. 20/1744 (<https://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/4/01744.pdf>)
- „Finanz- und Personalmangel bei Nothilfeeinrichtungen für Frauen in Hessen“, Drs. 20/8040 (<https://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/0/08040.pdf>),
- „Folgeanfrage zu Beantwortung der Kleinen Anfrage ‚Finanz- und Personalmangel bei Nothilfeeinrichtungen für Frauen in Hessen‘ Drs. 20/8040“ - Drs. 20/8835 (<https://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/5/08835.pdf>),
- „Einrichtungen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt – Teil I und II“ Drs. 20/8744 und 20/8745 (<https://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/4/08744.pdf> bzw. <https://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/5/08745.pdf>),
- „Investitionen in hessische Frauenhäuser“, Drs. 20/2199 (<https://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/9/02199.pdf>),
- „Frauenhäuser in Hessen“, Drs. 20/1036 (<https://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/6/01036.pdf>),
- „Sicherstellung der Umsetzung des ProstSchG“, Drs. 20/1037 (<https://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/7/01037.pdf>),
- „Kinderehen in Hessen“, Drs. 20/8350 (<https://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/0/08350.pdf>),
- „Bekämpfung von Kinderehen in Hessen“, Drs. 20/10880 (<https://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/0/10880.pdf>),
- „Mehrehen und Kinderehen“, Drs. 20/733 (<https://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/3/00733.pdf>),
- „Meldungen über Gewalt in Kitas“ – Teil I und II, Drs. 20/10422 und 20/10423 (<https://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/2/10422.pdf> und <https://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/3/10423.pdf>),

**Alternative für Deutschland
Landesverband Hessen**

- „Anstieg von Fällen der ‚Neugeborenensterblichkeit‘ und des ‚plötzlichen Kindstods‘ im Land Hessen“ – Teil I und II, Drs. 20/9591 und 20/9592 (<https://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/1/09591.pdf> und <https://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/2/09592.pdf>),
- „Fälle des unberechtigten behördlichen Kindesentzugs im Land Hessen“, Drs. 20/8738 (<https://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/8/08738.pdf>),
- „Integration von geflüchteten Frauen in Hessen“, Drs. 20/7014 (<https://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/4/07014.pdf>),
- „Kindergesundheit – FFP2 Masken im Test“, Drs. 20/7012 (<https://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/2/07012.pdf>),
- „Kinderschutz in Hessen“, Drs. 20/5107 (<https://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/7/05107.pdf>),
- „Zunahme psychischer Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen“, Drs. 20/5106 (<https://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/6/05106.pdf>),

Den im Wege dieser Initiativen eingeschlagenen Weg wird eine künftige AfD-Landtagsfraktion konsequent weiterverfolgen. Wie auch schon im Verlauf der aktuellen Legislaturperiode wird hierbei ein Schwerpunkt in der Forderung des Ausbaus der für den Schutz von Gewalt betroffenen Frauen erforderlichen Kapazitäten und der Bereitstellung der hierzu erforderlichen Gelder und der konsequenten Bestrafung der Täter bestehen.

Danebst erhebt die AfD folgende Forderung: Aufseiten der zuständigen Behörden – Jugendämter, Schulen, Polizeidienststellen, etc. – wird das Personal, wo dies erforderlich ist, mit qualifizierten Fachpersonen aufgestockt, und weiterhin durch entsprechende Schulungen in Bezug auf das Erkennen und adäquate Reagieren auf Gefahren für Frauen und Kinder sensibilisiert. Durch diese Personalaufstockungen und Schulungen werden die zuständigen Stellen in die Lage versetzt Gefahren für Frauen und Kinder schneller zu erkennen und diesen Gefahrenlagen effektiv zu begegnen.

Die Grundvoraussetzung für den Erfolg jeglicher praktischen Maßnahmen besteht jedoch in Folgendem: Die AfD sieht sich in der Pflicht, die aufseiten der etablierten Parteien noch stets gepflegten Denk- und Sprechverbote aufzubrechen: Wenn das Phänomen der Gewalt gegen Frauen und Kinder erwiesenermaßen verstärkt v.a. ein solches des muslimisch geprägten Teils des Migrantenumfelds ist, so muss dieser Umstand als Grundvoraussetzung für eine effektive Bekämpfung dieses Phänomens erstmalig offen benannt werden. Tut man dies nicht, so ist eine effektive Bekämpfung des Phänomens der Gewalt gegen Frauen und Kinder weitgehend nicht möglich.

3. Fast jedes 4. Kind in Hessen ist von Armut bedroht. Viele Familien hoffen auf das Wohngeld-Plus. Wie wollen Sie sicherstellen, dass das Wohngeld den betroffenen Familien schnell ausgezahlt wird, obwohl die Bearbeitungszeiten in den Ämtern im Schnitt länger als 5 Monate dauert?

Die Problematik der langwierigen behördlichen Verfahren hat seine Ursache v.a. in einem aufseiten der zuständigen Behörden herrschenden Personalmangel in Zusammenwirken mit einem Übermaß am dortigen Arbeitsaufkommen. Ersteres beruht wiederum im besonderen Maße in einer für Mitarbeiter der zuständigen Behörden oftmals strapaziösen Arbeitssituation, welche potentielle Mitarbeiter von einer Tätigkeit in einer Behörde vielfach abschreckt. So sehen sich z.B. Beschäftigte in kommunalen Jobcenter permanent mit verbalen und körperlichen Angriffen vonseiten der ihrerseits betreuten Leistungsempfänger und durch mangelnde Rückendeckung durch die zuständigen Behördenleiter konfrontiert.

Alternative für Deutschland Landesverband Hessen

Dieser Problematik beabsichtigt die AfD durch ein Erhalten bzw. eine Aufstockung des bei den zuständigen Behörden vorhandenen Personals entgegenzuwirken, welche wiederum durch die Gewährung einer günstigeren Arbeitssituation – angemessene Vergütung, sowie die auch gesetzlich normierte Stärkung der Beschäftigtenrechte, des Schutzes während der Arbeitsausübung, und des Ausbaus der Unterstützung durch Vorgesetzte, etc. – erreicht werden soll.

Eine Verringerung des Arbeitsaufkommens und eine dementsprechende Entlastung der zuständigen Behörden zur Gewährleistung der zügigen Leistungsgewährung wird im Interesse der tatsächlich anspruchsberechtigten Personenkreise zudem auch dadurch erreicht, dass tatsächlich nicht anspruchsberechtigten und bleibeberechtigten Personen konsequent in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden.

4. Leistungsdefizite, Chancenungleichheit, Lehrkräftemangel etc. – auch Hessen ist betroffen. „Bildung und Schule“ gehört Umfragen zufolge zum wichtigsten zu lösenden Problem in Hessen. Wie wollen Sie für Kinder bessere Bildungsperspektiven schaffen?

Den eklatanten Fehlentwicklungen im Schulwesen der letzten Jahrzehnte, welche sich letztendlich nur zu Lasten der zu beschulenden Kinder auswirken können, ist resolut der Riegel vorzuschieben.

Eine Bildungsperspektive, welche die Bezeichnung als solche auch verdient, ist nach dem Willen der AfD zu erreichen durch

- die Steigerung der Bildungsinvestitionen im Allgemeinen, und die Aufstockung der Finanzmittel zur Bereitstellung des erforderlichen Personals und der erforderlichen Sachmittel, insb.
 - o zur Gewinnung und Anwerbung von kompetenten, sowie charakter- und leistungsstarken Lehrkräften,
 - o für die Sanierung bzw. Neuerrichtung von Schulgebäuden,
 - o für Ausbau der Digitalisierung,
- Reformierung der Lehrerausbildung, insb. durch die Steigerung des Praxisanteils und der Anzahl der studienbegleitenden Eignungsprüfungen sowie durch die Vereinheitlichung der Regelstudienzeit für sämtliche Lehramtsstudiengänge,
- die Beibehaltung eines ausdifferenzierten und leistungsorientierten Schulsystems mit möglichst kleinen leistungshomogenen Lerngruppen,
- einer generellen Anhebung der Leistungsniveaus, in dem gute Zensuren nicht mehr auf Basis eines verfehlten Gleichheitsgedankens inflationär als Geschenk, sondern als Ausdruck des tatsächlichen Leistungsstandes des betreffenden Kindes vergeben werden,
- den Ausbau der Praxisorientierung in der Mittelstufe,
- den Ausbau und die Beibehaltung des Förderschulsystems gegenüber einer nur eingeschränkten Zulassung von Inklusionsklassen,
- die Gewährleistung einer ideologiefreien, zur eigenen Überzeugungsfindung befähigenden Lehratmosphäre, und
- effektive Sanktionierungsmöglichkeiten gegenüber Schülern, die den Schulfrieden massiv stören.

5. Kinder, die eine Begleitperson für den Schulbesuch benötigen, müssen teils Monate darauf warten. Verweigert die Schule die Unterrichtung ohne Begleitperson, gehen die betroffenen Kinder in dieser Zeit trotz bestehender Schulpflicht nicht in die Schule. Wie wollen Sie diesen Missstand beheben?

Durch den bereits angesprochenen Ausbau des Förderschulangebots. Steht das entsprechende Förderschulangebot zur Verfügung, so wird sich die Anzahl der Kinder, die unter der Hinzunahme einer Begleitperson im regulären Schulbetrieb unterrichtet werden müssen, auf ein Minimum reduzieren, für welche die entsprechende Anzahl an Begleitpersonen sodann jedoch vorhanden ist.

1. Immer mehr Kinder in Hessen sind zu dick. Eine Schulverpflegung mit verpflichtend vorgeschriebenen DGE-Standards, die JEDEM Kind eine beitragsfreie Mahlzeit ermöglicht, gilt als Schlüssel für gesündere und leistungsfähigere Kinder. Werden Sie sich für die Umsetzung dieser Maßnahmen stark machen?

Diese Forderung ist Teil des Wahlprogramms der hessischen AfD.

2. Der Bewegungsmangel von Kindern nahm in der Corona-Krise dramatisch zu. Die wenigen wöchentlichen Schulsportstunden sind nicht ausreichend. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie in Hessen den (Schul-)Sport und die Bewegung im Kindes- und Jugendalter gezielt fördern?

Sofern der Mangel an Bewegung von Kindern durch die im Zuge der Corona-Pandemie ergriffenen Maßnahmen hervorgerufen worden, gilt das zu Frage 1 gesagte entsprechend: Das Verbot jener Maßnahmen, die sich als nicht zielführend und hinsichtlich des Wohles der Kinder als unverhältnismäßig abträglich erwiesen haben, ist im dargelegten Wege zu erreichen.

Die Förderung des Sportes im Kindes- und Jugendalter ist darüber hinaus durch gezielte Werbung örtlicher Sportvereine in den Grundschulen und weiterführenden Schulen – auch gegenüber den Eltern – und durch die Gewährung vergünstigter Teilnahmebedingungen, insb. für Kinder aus bedürftigen Familien, zu erreichen. Sofern aufseiten von Sportvereinen entsprechende Programme aufgelegt sind, so sind diese durch eine Koordination zwischen den kommunalen Gebietskörperschaften, den Jugend- und Schulämtern und den kommunalen Jobcentern zu fördern.

3. In Hessen fehlen über 37.000 Kita-Plätze. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie diesen Notstand in der Kindertagesbetreuung beseitigen?

Der Notstand in der Kindertagesbetreuung ist v.a. dem Personalmangel-, und dieser wiederum den im Bereich der Kindertagesbetreuung bestehenden, ungünstigen Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen geschuldet: So erfolgt die Ausbildung nach wie vor weitgehend ohne regelmäßige Vergütung; zudem wird das erzielte Arbeitsentgelt im Vergleich zu der geleisteten Arbeit und den Belastungen des Arbeitsalltags vielfach als zu gering empfunden.

Zur Kenntnis muss man nehmen, dass jahrzehntelange Politik, welche auf Missstände nicht reagiert, oder sie sogar hervorgerufen hat, nicht mit wenigen Maßnahmen „geheilt“ werden kann.

Vor dem Hintergrund dieser Umstände wird sich die AfD für eine gesetzlich normierte Ausweitung der Ausbildungsvergütung und die Anhebung der Arbeitsvergütung für angehende bzw. ausgebildete Kindererzieher einsetzen. Darüber hinaus spricht sich die AfD für die Schaffung von Möglichkeiten aus, im Wege derer für die Übernahme einer Erziehtätigkeit potentiell geeignete wie gewillte Personen, welche jedoch die hierzu erforderlichen Schulabschlüsse nicht erreicht haben, auf alternativen Bildungswegen in den Erzieherberuf einsteigen können, ohne dass Einschnitte in der Kompetenz und Qualifikation der betreffenden Personen zu befürchten sind. Dies alles sollte nach dem Willen der AfD durch eine Fortsetzung bzw. einen Ausbau der aktiven Werbung für den Erzieherberuf an weiterführenden

Begleitperson im regulären Schulbetrieb unterrichtet werden müssen, auf ein Minimum reduzieren, für welche die entsprechende Anzahl an Begleitpersonen sodann jedoch vorhanden ist.

4. Immer mehr Kinder in Hessen sind zu dick. Eine Schulverpflegung mit verpflichtend vorgeschriebenen DGE-Standards, die JEDEM Kind eine beitragsfreie Mahlzeit ermöglicht, gilt als Schlüssel für gesündere und leistungsfähigere Kinder. Werden Sie sich für die Umsetzung dieser Maßnahmen stark machen?

Diese Forderung ist Teil des Wahlprogramms der hessischen AfD.

5. Der Bewegungsmangel von Kindern nahm in der Corona-Krise dramatisch zu. Die wenigen wöchentlichen Schulsportstunden sind nicht ausreichend. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie in Hessen den (Schul-)Sport und die Bewegung im Kindes- und Jugendalter gezielt fördern?

Sofern der Mangel an Bewegung von Kindern durch die im Zuge der Corona-Pandemie ergriffenen Maßnahmen hervorgerufen worden, gilt das zu Frage 1 gesagte entsprechend: Das Verbot jener Maßnahmen, die sich als nicht zielführend und hinsichtlich des Wohles der Kinder als unverhältnismäßig abträglich erwiesen haben, ist im dargelegten Wege zu erreichen.

Die Förderung des Sportes im Kindes- und Jugendalter ist darüber hinaus durch gezielte Werbung örtlicher Sportvereine in den Grundschulen und weiterführenden Schulen – auch gegenüber den Eltern – und durch die Gewährung vergünstigter Teilnahmebedingungen, insb. für Kinder aus bedürftigen Familien, zu erreichen. Sofern aufseiten von Sportvereinen entsprechende Programme aufgelegt sind, so sind diese durch eine Koordination zwischen den kommunalen Gebietskörperschaften, den Jugend- und Schulämtern und den kommunalen Jobcentern zu fördern.

6. In Hessen fehlen über 37.000 Kita-Plätze. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie diesen Notstand in der Kindertagesbetreuung beseitigen?

Der Notstand in der Kindertagesbetreuung ist v.a. dem Personalmangel-, und dieser wiederum den im Bereich der Kindertagesbetreuung bestehenden, ungünstigen Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen geschuldet: So erfolgt die Ausbildung nach wie vor weitgehend ohne regelmäßige Vergütung; zudem wird das erzielte Arbeitsentgelt im Vergleich zu der geleisteten Arbeit und den Belastungen des Arbeitsalltags vielfach als zu gering empfunden.

Zur Kenntnis muss man nehmen, dass jahrzehntelange Politik, welche auf Missstände nicht reagiert, oder sie sogar hervorgerufen hat, nicht mit wenigen Maßnahmen „geheilt“ werden kann.

Vor dem Hintergrund dieser Umstände wird sich die AfD für eine gesetzlich normierte Ausweitung der Ausbildungsvergütung und die Anhebung der Arbeitsvergütung für angehende bzw. ausgebildete Kindererzieher einsetzen. Darüber hinaus spricht sich die AfD für die Schaffung von Möglichkeiten aus, im Wege derer für die Übernahme einer Erzieher Tätigkeit potentiell geeignete wie gewillte Personen, welche jedoch die hierzu erforderlichen Schulabschlüsse nicht erreicht haben, auf alternativen Bildungswegen in den Erzieherberuf einsteigen können, ohne dass Einschnitte in der Kompetenz und Qualifikation der betreffenden Personen zu befürchten sind. Dies alles sollte nach dem Willen der AfD durch eine Fortsetzung bzw. einen Ausbau der aktiven Werbung für den Erzieherberuf an weiterführenden Schulen begleitet sein.

Alternative für Deutschland Landesverband Hessen

Ein weiterer Schlüssel zur Gewinnung von Arbeitskräften besteht aus Sicht der AfD in den Leistungskatalogen des SGB II und III: Zahlreiche Bezieher von ALG- und „Bürgergeld“-Leistungen begehren eine Weiterbildung oder Umschulung - auch zu Erzieherberufen -, welche ihnen jedoch bisher nicht gewährt worden ist. Dem gegenüber besteht eines der deklarierten Ziele der Einführung des „Bürgergeldgesetzes“ (BGG) und der hierdurch normierten Reformen in der deutlichen Ausweitung des Umschulungs- und Weiterbildungssektors für Bezieher von „Bürgergeld“-Leistungen. Vor dem Hintergrund dieser Sach- und Rechtslage plädiert die AfD für eine Offensive zur Rekrutierung von Erziehungskräften aus dem Kreis der Bezieher von ALG- und „Bürgergeld“-Leistungen im Wege von entsprechenden Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen; die hierzu erforderlichen Gelder sind nach dem Wunsch der AfD vonseiten des Landes und des Bundes unter strenger Kontrolle ihrer zweckgemäßen Verwendung zur Verfügung zu stellen.

Darüber hinaus spricht sich die AfD für eine Fortsetzung der weiterführenden Finanzierung zur Qualitätsentwicklung in Kindertagesstätten aus, wie sie bspw. durch das sog. „Gute-Kita-Gesetz“ in die Wege geleitet worden ist, sofern die Finanzierung als zielführend und effektiv betrachtet werden kann.

Dem allen vorausgesetzt ist eine vernünftige Wirtschaftspolitik, die die finanziellen Möglichkeiten solcher Maßnahmen überhaupt erst ermöglicht. Bei der weiter fortgeführten Deindustrialisierung, kann die Negativspirale höherer Sozialleistungen durch den Staat, höherer Inflation und niedrigerer Steuereinnahmen, nicht durchbrochen werden und jegliche Maßnahmenkataloge sind das Papier nicht wert, auf dem sie stehen.

Priorität muss somit eine wirtschaftspolitische Ausrichtung haben, welche sowohl die notwendigen Rahmenbedingungen schafft, als auch einen finanzkräftigen Mittelstand.

Ziel sind moderne, auf die Zukunft ausgerichtete Unternehmen mit Arbeitsplätzen, welche auf Familien vermehrt Rücksicht nehmen und in denen auch auskömmlich entlohnte Arbeitsplätze geschaffen werden.

Nur so können fast alle defizitären Bereiche in unserer Gesellschaft Stück für Stück tragfähig gemacht werden.